

Red Hand Day 2016

Pressekonferenz

am 11. Februar 2016

Bundespressekonferenz, Berlin

Statement zum Thema

Kleinwaffen und Kindersoldaten

Ralf Willinger

terre des hommes e.V.

Deutsches Bündnis Kindersoldaten

Kindersoldaten kämpfen mit deutschen Waffen

Es ist eine traurige Tatsache: Viele Jungen und Mädchen aus Kriegsgebieten wie Jamal, der Kindersoldat in Afghanistan war, kennen deutsche Pistolen wie die Walther P99, Sturmgewehre wie das G3 von Heckler und Koch oder Maschinengewehre wie das MG3 von Rheinmetall. **Sie sehen sie im Einsatz oder setzen sie sogar selber ein** – das haben mir Kindersoldaten aus Sierra Leone, Afghanistan, Burma oder Kolumbien erzählt.

„In Afghanistan gibt es viele deutsche Waffen“, sagte Jamal, ehemaliger Kindersoldat. „Die Leute bevorzugen die deutschen Waffen, denn sie haben mehr Zerstörungskraft“, sagte Ismael Beah, ehemaliger Kindersoldat aus Sierra Leone.

In mindestens 23 Ländern der Welt werden Kinder als Soldaten ausgebeutet – so der aktuelle Bericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten. **In vielen dieser Länder wie Burma, Sudan, Somalia, Afghanistan oder Kolumbien sind deutsche Waffen weit verbreitet**, oft ist beispielsweise das G3 eines der am meisten verbreiteten Gewehre. Weltweit ist es mit 10 Millionen Exemplaren nach der Kalaschnikow das am weitesten verbreitete Sturmgewehr.

Das verwundert nicht, denn es wurde nach Angaben der Bundesregierung in mehr als 80 Länder offiziell geliefert. Außerdem wird oder wurde es in mindestens 15 Ländern in Lizenz produziert, heute beispielsweise immer noch in Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und der Türkei, die es an Kriegsparteien liefern.

Das Beispiel Saudi-Arabien

Ein aktuelles Beispiel: die saudi-arabische Luftwaffe warf im vergangenen Jahr kistenweise G3s bei den Stellungen verbündeter Milizen im Jemen ab, obwohl Saudi-Arabien per sogenannter Endverbleibserklärung zugesagt hatte, diese Waffen nur im eigenen Lande einzusetzen. Die Folge dieses offensichtlichen Vertragsbruchs: keine. **Saudi-Arabien ist weiter einer der größten deutschen Waffenempfänger, laut Regierungsbericht der drittgrößte im ersten Halbjahr 2015.**

Und dies, obwohl Saudi-Arabien auch Verbindungen zu islamistischen Gruppen in Syrien und anderen Ländern hat und diese mit Waffen beliefert. Wegen der offensichtlichen Gewalt- und Kriegspolitik des Landes warnt der BND inzwischen vor der „destabilisierenden Rolle Saudi-Arabiens in der arabischen Welt“.

Das diktatorische Regime unterdrückt die eigene Bevölkerung, ist in seiner Umgebung in mehrere Kriege verwickelt ist und verletzt in brutaler Weise die Menschenrechte:

Hinrichtungen, Enthauptungen, Abhacken von Händen und Gliedmaßen, Steinigungen, Auspeitschen. Die grausame Art der Strafen unterscheidet sich nicht von denen des Islamischen Staates.

Dass die deutsche Regierung weiter Waffen an dieses Regime liefert, ist ein Skandal! Es zeigt, dass die eigenen sogenannten „Politischen Grundsätze für Rüstungsexporte“ ebenso wenig eingehalten werden wie die entsprechenden Vorgaben der EU. Denn demzufolge dürfen Waffen weder in Länder geliefert werden, die in bewaffnete Konflikte verwickelt sind, noch in solche, die die Menschenrechte verletzen.

Die Leidtragenden sind in vielen Fällen Kinder und Zivilisten. **Im Jemen sind UN-Schätzungen zufolge ein Drittel aller Kämpfer minderjährig, also Kindersoldaten.** Die Hälfte der Bevölkerung leidet Hunger, der Krieg hat Tausende Tote gefordert darunter viele Kinder. Es wäre dringend nötig, massive humanitäre Hilfe zu leisten und internationalen Druck auf die kriegführenden Parteien auszuüben, damit die Gewalt gestoppt wird, statt sie mit Waffen zu versorgen und damit die Konflikte in der Region weiter anzuheizen.

Exporte in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und Kindersoldaten

Auch Länder wie Kolumbien, Irak, Pakistan oder Indien wurden in den vergangenen Jahren mit Waffen aus Deutschland versorgt. In allen diesen Ländern setzen bewaffnete Gruppen Kindersoldaten ein (laut Bericht des UN-Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten). In Kolumbien und Indien war ich vor kurzem in den Konfliktgebieten und habe Projekte und Partnerorganisationen von terre des hommes besucht.

Das Beispiel Kolumbien

Kriminelle Banden und Paramilitärs in Kolumbien kontrollieren weite Landesteile und ganze Städte – oft mit Duldung oder sogar Unterstützung von Sicherheitskräften und lokalen Politikern. In Buenaventura, Hafenstadt und wichtiger Verkehrsknotenpunkt am Pazifik, kontrolliert die staatliche Armee nur ein kleines Gebiet im Zentrum der Stadt, alle anderen Viertel werden von bewaffneten Gruppen wie der Empresa, den Rastrojos oder Urabeños beherrscht – mit fatalen Folgen für die Bewohner. Morde, Zerstückeln von Menschen, Folter, Schutzgeld-erpressung, Rekrutierung von Kindern und sexuelle Gewalt sind an der Tagesordnung. **Ich habe mit Kindern und Jugendlichen gesprochen, deren Freunde tagsüber auf offener Straße erschossen wurden, weil sie sich gegen Rekrutierungsversuche zur Wehr setzten.** Viele Kinder und Jugendliche werden massiv bedroht. Ohne die nationale und internationale Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen wäre ihre Lage noch schlechter. Unter den bevorzugten Waffen der Gewalttäter sind deutsche Fabrikate wie die Pistolen Walther P99 oder Sig Sauer SP 2022, die auch illegal ins Land gelangen – möglicherweise mit Wissen der Hersteller, deutsche Staatsanwaltschaften ermitteln deswegen.

Das Beispiel Indien

Und auch in mehreren Regionen Indiens leiden die Bevölkerung und die Kinder unter massiver Gewalt durch bewaffnete Gruppen, aber auch durch staatliche Sicherheitskräfte. **Die von**

terre des hommes herausgegebene Studie „Kinder im bewaffneten Konflikt in den Bundesstaaten Manipur und Assam in Nordostindien“ dokumentiert massive Kinderrechtsverletzungen: Beide Seiten rekrutieren Kinder, töten Kinder in Gefechten, es kommt zu Vergewaltigungen, die Zivilbevölkerung wird gewaltsam vertrieben, so dass Kinder monate- und jahrelang in heruntergekommenen Flüchtlingslagern leben müssen. Die Verantwortlichen werden fast nie bestraft. Die Straflosigkeit der Armee hat ihre Grundlage in einem umstrittenen Gesetz aus der britischen Kolonialzeit, dem Armed Forces Special Powers Act, einem Ausnahmezustand, der in manchen Landesteilen schon seit Jahrzehnten immer wieder willkürlich verlängert wird. Auch ausländische Regierungen wie die deutsche kennen diese Problematik, machen aber keinen Druck im Sinne der Menschenrechte, sondern beliefern stattdessen Indien massenweise mit Waffen – beispielsweise Tausende deutsche Sturm- und Maschinengewehre.

Forderungen

- Das Deutsche Bündnis Kindersoldaten und seine 9 Mitglieder fordern dringend ein **Rüstungsexportgesetz**, in dem **Waffenlieferungen in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und bewaffneten Konflikten verboten** sind, insbesondere wenn in diesen Ländern **Kindersoldaten eingesetzt** werden. Dies hat auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes 2014 von Deutschland gefordert.
- **Deutsche Kleinwaffenexporte an sogenannte Drittländer** (außerhalb NATO und EU) sollten **grundsätzlich verboten werden**, weil sie verheerende Wirkung auf Zivilisten haben und die Verwendung der gelieferten Kleinwaffen nicht ansatzweise kontrolliert werden kann – u.a. wegen ihrer langen Lebensdauer (30-50 Jahre) und leichten Möglichkeit der Weitergabe.
- **Waffenproduktionslizenzen sollten grundsätzlich überhaupt nicht mehr vergeben werden**, denn die daraus folgende Waffenproduktion vor Ort ist überhaupt nicht zu kontrollieren – und dies über Jahrzehnte, wie die G3-Produktionslizenzen an Iran (1967), an Saudi-Arabien (1969) oder an Burma (80er Jahre) zeigen, wo die G3-Produktion bis heute läuft - in manchen Fällen heute gegen den Willen der Bundesregierung.

Fazit

Deutsche Waffenexporte heizen bewaffnete Konflikte an und werden für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen benutzt, Kinder und Jugendliche sind oft die Leidtragenden. Die Bundesregierung muss dringend ein Rüstungsexportgesetz erlassen und Kleinwaffenlieferungen an die sogenannten Drittstaaten – Länder außerhalb von EU und NATO - sofort stoppen. Die von Bundeswirtschaftsminister Gabriel versprochene Kehrtwende in der deutschen Rüstungsexportpolitik hat bisher nicht stattgefunden.